

Abg. **Tuncel** (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie wird die Diskrepanz zwischen der Nachfrage von Eltern nach einer Kindertagesbetreuung im U3-Bereich von mehr als vier Stunden täglich und dem derzeitigen Platzangebot - gemäß Statusbericht I werden 448 Plätze mehr nachgefragt als vorhanden - zum Kindergartenjahr 2014/2015 aufgelöst?

Zweitens: Kann der Senat bestätigen, dass alle Kinder, die einen höheren Betreuungsbedarf haben als vier Stunden täglich, diesen auch erfüllt bekommen?

Drittens: Wann erscheint der Statusbericht II? - Diese Frage hat sich inzwischen erledigt.

**Präsident Weber:** Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Stahmann.

**Frau Senatorin Stahmann:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Kriterium für die Zuweisung von Stunden in der öffentlich geförderten Kindertagesbetreuung ist nach dem Sozialgesetzbuch VIII nicht die Nachfrage der Eltern, sondern der konkrete Betreuungsbedarf. Der Statusbericht I stellt die Anmeldungen dar, also die ungeprüfte Nachfrage. Bei der Prüfung im Einzelfall ergibt sich immer wieder, dass der tatsächliche Bedarf geringer ausfallen kann als die Nachfrage. Die Diskrepanz zwischen nachgefragten Plätzen mit mehr als vier Stunden Betreuung und dem Angebot vermindert sich dadurch.

Sofern der geprüfte Bedarf an Plätzen mit mehr als vierstündiger Betreuung über dem Angebot liegt, das im Statusbericht I dargestellt ist, wird das Angebot hinsichtlich des Stundenumfangs bedarfsentsprechend aufgestockt.

Zu Frage 2: Der Senat wird den Rechtsanspruch auch hinsichtlich der täglichen Betreuungszeiten der Eltern gemäß Sozialgesetzbuch VIII und Bremischem Aufnahmeortsgesetz erfüllen wie zuvor auch in den Jahren 2012 und 2013.

Zu Frage 3: Erlauben Sie mir die Antwort vorzutragen, auch wenn sich die Frage erledigt hat! Der Statusbericht II wurde dem Jugendhilfeausschuss in seiner Sitzung am 27. Mai 2014 und der Deputation für Soziales, Kinder und Jugend in ihrer Sitzung am 5. Juni 2014 vorgelegt. - Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Herr Kollege Tuncel, haben Sie eine Zusatzfrage?

(Abg. Tuncel [DIE LINKE]: Nein, danke!)

Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Baumaßnahmen an der Oberschule Lehmhorster Straße**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Fecker, Dr. Schlenker, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Fecker!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die Auswirkungen der sich bereits über Jahre hinziehenden Baumaßnahmen an der Oberschule Lehmhorster Straße auf das Lernen der Schülerinnen und Schüler und die Arbeit der Lehrenden?

Zweitens: Aus welchen Gründen kommt es dort immer wieder zu Verzögerungen bei den Baumaßnahmen?

Drittens: Welche weiteren Planungen verfolgt der Senat, um sicherzustellen, dass diese Maßnahmen zügig abgeschlossen werden können, und wann werden sie abgeschlossen sein?

**Präsident Weber:** Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Linnert.

**Bürgermeisterin Linnert:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die mit den Baumaßnahmen beabsichtigte Neuausrichtung der Schule, das neue Raumkonzept und die eintretende Konzentration an einem Standort stellen eine deutliche Verbesserung der schulischen Situation dar, die auch von den Betroffenen vor Ort begrüßt wird. Die mit den Bauarbeiten verbundenen Belastungen werden durch enge Kooperation zwischen Bauführern und Schulleitung so gesteuert, dass sie sich möglichst nicht innerhalb der Schulzeit auswirken.

Zu Frage 2: Die energetische Gesamtanierung der Oberschule und die Erweiterungsbauten an den Jahrgangshäusern sollten ursprünglich in einem Bauabschnitt realisiert werden; aus schulisch bedingten Gründen wurde eine Aufteilung auf zwei Bauabschnitte vorgenommen, was zu einer längeren Bauzeit beiträgt. Außerdem ist es aus verschiedenen anderen Gründen wie zwei Insolvenzen von Bauunternehmen, drei Kündigungen von Firmen wegen Baumängeln und auf-

grund von Witterungseinflüssen zu Verzögerungen gekommen.

Zu Frage 3: Nach den aktuellen Planungen sollen die Jahrgangshäuser D und E etwa im Herbst 2015 fertiggestellt sein; die Fertigstellung des neu zu bauenden sechsten Jahrgangshauses wird voraussichtlich im ersten Quartal 2017 erfolgen.

Der Erweiterungsbau G 2 mit Fachräumen, Mensa und Verwaltung erfordert aufgrund des hohen Auftragsvolumens zunächst ein europaweites Verfahren zur Architektensuche. Bei einem planmäßigen Verlauf wäre eine Fertigstellung etwa im Herbst 2018 zu erwarten.

Voraussetzung für die Einhaltung der genannten Termine sind die politische Zustimmung der Fachdeputation und eine Sicherstellung der Finanzierungsbedarfe in den Haushalten des Bildungsressorts in den Jahren 2016 bis 2018. - Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Herr Kollege Fecker, haben Sie eine Zusatzfrage?

(Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Vielen Dank, Frau Bürgermeisterin, keine!)

Frau Bürgermeisterin, eine Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Schmidtke!

Abg. Frau **Schmidtke** (SPD): Frau Bürgermeisterin, um wie viel Euro hat sich die Bausumme durch diese Verzögerungen erhöht?

**Bürgermeisterin Linnert:** Das weiß ich nicht! Ich hoffe, um wenig! Vor allem liegt ja ein Teil der Probleme, die wir hatten darin, dass Baumängel bestanden, und Immobilien Bremen ist ganz streng gehalten, da niemals Gnade vor Recht ergehen zu lassen, sondern allem sehr sicher nachzugehen und die Haftungsmöglichkeiten auszunutzen. Ich hoffe, dass es, zumindest was das betrifft, nicht zu höheren Kosten gekommen ist. Ansonsten, denke ich, müsste man das herausfinden.

Die eigentliche Verzögerung liegt daran, dass wir uns aus schulischen Gründen entschlossen haben - auf Bitte der Schule! -, nicht während der Schulzeit zu bauen. Die Alternative war, Container aufzustellen. Es gibt eine Kosten-Nutzen-Analyse, die besagt, dass es günstiger ist, wenn man länger baut und nur die Schulferien nutzt, anstatt die Container aufzustellen. Da ist eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung gemacht worden. Wie hoch die Differenz genau ist, kann ich Ihnen hier nicht sagen, aber wir kennen sie, wir können es für Sie herausfinden.

**Präsident Weber:** Frau Kollegin Schmidtke, eine weitere Zusatzfrage?

Abg. Frau **Schmidtke** (SPD): Frau Senatorin, ich weiß, dass Container über einen relativ langen Zeitraum aufgestellt worden sind, und natürlich kostet das auch Geld, wir hatten mehrmals die Vorlage zur Genehmigung der Bausumme in der Bildungsdeputation vorliegen.

Ich entnehme Ihren Worten, dass die Verzögerungen nicht auf irgendwelche Großzügigkeiten, nicht richtiges Schauen, Verschulden oder Verantwortlichkeit des Senats zurückzuführen sind, sondern es so etwas wie höhere Gewalt ist, deshalb schiebe ich auch keinem eine Verantwortung zu.

Meine Frage ist: Was hat man aus diesen ganzen Verzögerungen, die wirklich leidvoll für die Schüler und Lehrer sind, lernen können, um in Zukunft solche Dinge möglichst zu vermeiden?

**Bürgermeisterin Linnert:** Von einem Verschulden ist mir nichts bekannt, aber dass wir insgesamt bei all diesen Baumaßnahmen an zwei Stellen Probleme haben, ist unbenommen. Die eine Stelle ist: Wie kommunizieren wir in diesem Fall zwischen dem Bildungsressort und Immobilien Bremen gut abgestimmt und konsistent gegenüber der Öffentlichkeit, gegenüber den Abgeordneten und in diesem Fall der Schule, wer wann was macht und mit welchem Zeitrahmen zu rechnen ist? An der Stelle ist die Abstimmung immer noch nicht gut genug, und vor allem ist es so, dass Menschen die Eigenschaft haben, das zu hören, was sie hören wollen. Deshalb findet man immer wieder jemanden, der gehört hat, dass es noch schneller geht oder dass noch etwas anderes passieren soll, und dadurch entstehen Gerüchte, dann steht etwas in der Zeitung, worüber man sich wieder neu Gedanken machen muss und so weiter. Das ist eine Schwachstelle bei der Art des Staates zu bauen, die ja sehr stark reglementiert ist und vielen Vorschriften unterliegt.

Für die zweite Schwachstelle, an der wir ja auch arbeiten, gibt es exemplarisch das Vorbild des Kulturressorts, in dem nach einer ganz klaren, abgestimmten Richtlinie erarbeitet wurde, wie genau vorgegangen werden soll, damit folgendes Problem nicht auftritt: Immobilien Bremen plant, und die Schule sagt dann, wir haben uns das jetzt anders überlegt, es gibt andere Beschlüsse, es muss jetzt anders gemacht und dann noch einmal geplant werden. Mit dieser Gemengelage haben wir es häufiger zu tun, und in diesem Fall war es ja sogar so, dass sich dann auch die Konzeption für die Schule verändert hat. Darüber verlieren wir

viel Zeit, und das müssen wir noch besser in den Griff bekommen.

**Präsident Weber:** Frau Kollegin, eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau Schmidtke [SPD]: Nein, danke schön, das ist schon einmal ein guter Schritt!)

Frau Bürgermeisterin, eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Schlenker!

Abg. **Dr. Schlenker** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, wissen Sie, um wie viel Prozent die Schülernachfrage gesunken oder gestiegen ist?

**Bürgermeisterin Linnert:** Nein! Wir gehen davon aus, dass die Schülernachfrage gesunken ist, weshalb sich ja wohl die Bildungssenatorin dafür entscheiden wird vorzuschlagen, dort nur noch dreizügig zu fahren, so ist jedenfalls mein Kenntnisstand.

**Präsident Weber:** Herr Kollege, eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Dr. Schlenker** (Bündnis 90/Die Grünen): Wenn jetzt die weitere Bauphase noch länger dauert, ist ja davon auszugehen, dass die Nachfrage an dieser Schule noch weiter sinken wird. Hätten Sie Bedenken, dass die Schule dann möglicherweise gar nicht so weit ausgebaut werden müsste?

**Bürgermeisterin Linnert:** Nein, ich finde, dass man sich an die Verabredungen jetzt einmal halten sollte und den Plan jetzt auch weiterverfolgt und nicht immer wieder von vorn beginnt.

**Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über das **Bauvorhaben Gröpelinger Heerstraße 9 bis 13**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Kottisch, Pohlmann, Tschöpe und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Kottisch!

Abg. **Kottisch** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat das Bauvorhaben von 37 barrierefreien Wohnungen, davon 25 des sozialen Wohnungsbaus, sowie einer Einrichtung der Seniorentagespflege inklusive Service-Wohnen mit mindestens zehn neuen Dauerar-

beitsplätzen in der Gröpelinger Heerstraße 9 bis 13?

Zweitens: Welche Möglichkeiten für die Realisierung dieses Projekts mit einem Investitionsvolumen von circa 6,5 Millionen Euro unter Einhaltung des hohen Energiestandard „KfW 70“ gibt es angesichts der seitens der Landesregierung präferierten sozialen und energetischen Anforderungen an den aktuellen Geschosswohnungsbau?

Drittens: Sprechen gegebenenfalls Gründe gegen das Vorhaben, und welche Genehmigungsvorbehalte gibt es gegebenenfalls?

**Präsident Weber:** Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Lohse.

**Senator Dr. Lohse:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Das Vorhaben, altersgerechte Wohnungen teilweise mit öffentlicher Förderung zu errichten, wird die Angebotssituation in einem künftig stärker nachgefragten Segment des Wohnungsmarktes verbessern. Auch die beabsichtigte Etablierung einer Seniorentagespflege wird grundsätzlich begrüßt. Das beantragte Vorhaben steht jedoch noch in Widerspruch zum geltenden Planungsrecht.

Zu Frage 2: Das Baugenehmigungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Die Verwaltung berät den Bauherrn, wie er eine Genehmigungsfähigkeit seines Antrags erreichen kann. Alternativ besteht die Möglichkeit, das Planungsrecht mit einem Vorhaben- und Erschließungsplan zu überarbeiten.

Zu Frage 3: Am konkreten Standort Gröpelinger Heerstraße 9 bis 13 gilt der Bebauungsplan 494 aus dem Jahr 1966. Zu Jahresbeginn hat das Verwaltungsgericht Bremen konkretisiert, wie die Festsetzungen solcher Bebauungspläne anzuwenden sind. Im Ergebnis steht das ursprünglich beantragte Vorhaben in Widerspruch zum geltenden Planungsrecht. Das ist dem Bauherrn bekannt. Die Bauverwaltung ist auf der Suche nach Lösungsmöglichkeiten. - Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Herr Kollege Kottisch, haben Sie eine Zusatzfrage?

Abg. **Kottisch** (SPD): Zunächst einmal bedanke ich mich für die Antwort, die positiv ist und über die ich mich freue!